



Grüne Kraft voraus!

Das Unfassbare ist geschehen

Egal welche Worte wir bemühen, egal wie sehr wir eine Zäsur erkennen und die maximale Umkehr in der Atompolitik fordern – was in Japan geschehen ist, kann nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Für mich geht es in erster Linie um die Menschen, die jetzt betroffen sind: Arbeiter, die ihr Leben einsetzen, um eine noch größere Katastrophe zu verhindern, Menschen, die für immer ihre Heimat verlieren und Kranke, die noch Jahre unter den Folgen leiden werden. Es ist nicht die Zeit, um überheblich darauf zu verweisen, was schon seit Jahrzehnten bekannt ist. Es ist auch nicht die Zeit, um darüber zu streiten, warum die Bundesregierung unbedingt vor ein paar Monaten den Großkonflikt um Atomkraft wieder eröffnen musste. In jeder Katastrophe liegt auch die Chance, aus ihr zu lernen und es in der Zukunft besser zu machen. Als Politikerin bin ich dafür zuständig, Schlüsse zu ziehen und die Zukunft so weit zu gestalten, wie dies in unseren Händen liegt. In Deutschland gibt es einen breiten Konsens für den Ausstieg aus der Atomkraft. Die Alternativen sind da. Aber welche Energien wir in welchem Umfang ausbauen und welche Vor- und Nachteile dies jeweils hat, darüber gibt es sehr unterschiedliche Ansichten. Jetzt ist die Zeit, um unideologisch alle Möglichkeiten zu prüfen. Wir Grünen sind dazu bereit. Seit unserer Gründung beschäftigen wir uns intensiv mit Energiepolitik. Viele Expertinnen und Experten machen sich schon sehr lange Gedanken über eine Energieversorgung, die sowohl für die Menschen, als auch für die Umwelt und die Wirtschaft verträglich ist. Bürgerinnen und Bürger, Politik und Wirtschaft werden jetzt darüber debattieren müssen – alle werden dabei lernen, aber auch Abstriche machen müssen. Denn wir wollen auch in Zukunft in einem lebenswerten und modernen Land leben können – ohne die tägliche Gefahr aus Atommeilern.

Was bedeutet das für die Grünen? Die Fraktion hat gute Konzepte und arbeitet stetig daran. [Mehr dazu hier.](#)

[Fahrplan für den Atomausstieg](#) – so sichern wir die Energieversorgung mit einem schnellen Atom-Aus.

Die Netzdebatte

Entscheidend für die sichere Energieversorgung ohne Atom sind neue Stromnetze. Dagegen wehren sich jedoch viele Bürgerinnen und Bürger vor Ort – auch Grüne sind dabei.

Ein häufiger Vorwurf lautet: Grüne wollen erneuerbare Energien massiv ausbauen, solange das nicht vor ihrer eigenen Haustür geschieht. Diese Aussage ist genau so falsch wie auch undifferenziert, denn erstens sind die Gegner in allen Parteien zu finden und zweitens geht es vor allem um Mitgestaltung und Transparenz – und nicht um die grundsätzliche Ablehnung. Klar ist: Die Netze sind notwendig. Gleichzeitig können wir diese aber nur **mit** den Menschen und **nicht gegen** sie durchsetzen. Deswegen muss vor allem ein breiter Diskussionsprozess geführt und das veraltete Planungsrecht überarbeitet werden. Wir machen konstruktive Vorschläge mit dem Konzept: [„Stromnetze 2020plus“](#) für den Netzausbau. Dazu wollen wir [Bürger bei der Planung von Großprojekten eng einbinden](#) – denn das Basta-Prinzip wird nicht mehr akzeptiert.

Neuorientierung bei Wasserstraßen

Sehr offensiv begleite ich die Vorschläge für eine neue Netzstruktur der Bundeswasserstraßen und eine Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung – denn hier wird einer grünen Forderung nach gegeben.

Durch Beschlüsse des Haushaltsausschusses wurde die Bundesregierung mit einer Gesamtreform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung beauftragt. In den ersten Plänen präsentierte sie gleichzeitig eine neue Netzstruktur für Bundeswasserstraßen. Diese müssen nun präzisiert und bis zum 30. April 2011 vorgestellt werden. Viele Vorschläge sind vage: Länder und Kommunen befürchten, dass ihre Wasserstraßen nicht mehr erhalten werden. Auch in der Verwaltung herrscht Unruhe, denn auf etwa 8000 Beschäftigte in der gesamten Binnenschifffahrt kommen etwa 10.000 in der Verwaltung. Vielfach wird nun eine „Zerschlagung“ der gesamten Behörde befürchtet. Hiergegen setze ich mich ein, denn es werden dort notwendige und hoheitliche Aufgaben wahrgenommen. Das ist jedoch kein Freibrief für die Ablehnung jeglicher Reformen, denn auch die Defizite sind deutlich. Deswegen fordere ich eine Regierungskommission "Wasserstraße", welche die Umsetzung der neuen Netzstruktur und der Verwaltungsreform begleitet und in der Vertreter der Schifffahrtsbranche, der Häfen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Umwelt- und Naturschutzverbände und Expertinnen bzw. Experten für Verwaltungsreformen mitarbeiten sollen. [Mehr zum Thema hier.](#)

Nachhaltige Entwicklung in Europa

Alle fünf Fraktionen im Nachhaltigkeitsbeirat des Deutschen Bundestags haben sich auf eine gemeinsame Position zur europäischen Nachhaltigkeitsstrategie verständigt und diese in Brüssel verteidigt.

Unter der Federführung des Bundesministers a.D. Franz Müntefering haben sich die fünf Fraktionen in wochenlangender Detailarbeit auf eine gemeinsame Position verständigt. Meine Hauptthemen waren *Klima/Energie* sowie *Verkehr*. Auffällig sind die enormen Unterschiede in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Beim Anteil der erneuerbaren Energie am Gesamtenergieverbrauch reicht die Spreizung von kaum über 0 % in Malta bis über 30 % in Schweden. Beim Personenverkehr ist der Anteil Straße mit 82 % noch immer sehr hoch, auch beim Güterverkehr mit 76 %. Für mich müssen die Güter vom Hafen direkt auf die Schiene kommen. Das gilt auch für die Fläche. Brummis sollten nur noch auf der Straße fahren, wo sich das für die Schiene nicht mehr lohnt. Das setzt voraus, dass endlich Kostenwahrheit hergestellt wird. Gerade vor dem Hintergrund, dass weltweit noch viele Menschen Nachholbedarf beim Automobil haben, ist das wichtig. So steigt die Zahl der Pkws pro Kopf EU-weit immer noch an. Die Spreizung reicht von 17 Pkws pro 100 Einwohner in Rumänien bis 66 in Luxemburg. Nur wenn jedem Verkehrsträger die von ihm verursachten Kosten des Naturverbrauchs angerechnet werden, können wir eine ressourcen- und emissionsarme Mobilität erreichen. In der gemeinsamen Sitzung des Nachhaltigkeitsbeirats in Brüssel Ende März mit Kommission und Parlamentariern lobten diese ihre gute Absicht in Sachen Ressourcen. Eigentlich ein gutes Zeichen dafür, dass unsere Position dort eingeschlagen hat. [Mehr zum Thema hier.](#)

Unterschätzt: Problem Piraterie

Durch Fukushima und die Umbrüche in der arabischen Welt ist ein Problem in den Hintergrund gerückt: Nach wie vor gibt es jedoch kaum wirksame Antworten auf Piraterie – die Bundesregierung wirkt ratlos.

Piraten werden immer „erfolgreicher“: Vor allem im indischen Ozean brauchen vorwiegend somalische Kriminelle weniger Überfälle – um trotzdem immer mehr Schiffe zu entführen. Die schwere Gewalt nimmt zu. Derzeit sind vor allem Reeder mit den Problemen konfrontiert und kaum jemand nimmt wahr, dass nur etwa ein Prozent der transportierten Güter durch Piraten geraubt oder unbrauchbar gemacht wird. Die bisherigen Maßnahmen sind vor allem technisch und militärisch. Sie zeigen Wirkung, von einem echten Erfolg kann man jedoch nicht sprechen. Politik und internationale Gemeinschaft müssen die Piraterie und die Situation in Somalia als gemeinsame transnationale

forderung sehen. Andernfalls wird weiter aufgerüstet und die Brutalität gesteigert. Bleiben wir bei den jetzigen Ansätzen, wird sich eine international agierende neue Form der organisierten Kriminalität etablieren: Hoch professionell, brutal und vielleicht sogar zusammen mit Terroristen. Lösungsansätze sind für mich vor allem in Afrika und dort in Somalia zu suchen. Es müssen Alternativen zur Piraterie als Lebensgrundlage gefördert werden – wie etwa der Export von Viehprodukten oder Hilfen bei der Fischerei. Gleichzeitig müssen die Schwerverbrecher auch wie Schwerverbrecher verfolgt werden. Deswegen sollten wir unter UN-Führung versuchen, die Piraten und ihre Hintermänner mit juristischen Mitteln in Afrika zu verfolgen. Dazu könnte man auf die Strukturen des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda zurückgreifen und dafür sorgen, dass dort zunächst gemeinsam somalische und internationale Richter Urteile über die Seeräuber sprechen.

Im Verkehrsausschuss wurde die Problematik erkannt und diskutiert. Deutlich wurde das unkoordinierte Agieren der Bundesregierung: Insgesamt fünf Ministerien kamen zu Wort – ohne das am Ende klar war, wer die Aktivitäten koordiniert. Vereinbart wurde eine erneute Aufsetzung im Ausschuss, in der Fraktion wurde sich getroffen, um ein Positionspapier zu erarbeiten. [Mehr zum Thema hier.](#)

Thema: Schiffsemissionen

In Kürze sollen Schiffe auf Nord- und Ostsee mit saubereren Treibstoffen fahren. Dagegen macht eine Lobby der Reeder in Berlin und Brüssel massiv Stimmung und agiert mit halben Wahrheiten

Im November hatte der Verband Deutscher Reeder (VDR) eine Studie des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) vorgestellt: Massive Schwierigkeiten kämen demnach auf die Ostseeschifffahrt zu. Es sei mit einer großflächigen Verlagerung des Transports auf die Straße zu rechnen. Ich hatte hier meine Zweifel, habe mir die Studie genauer angesehen und dazu die Bundesregierung befragt – denn immerhin war das Verkehrsministerium in die Erarbeitung der Studie involviert. Dort geht man nun auf Distanz, denn die Studie würde „hinsichtlich Plausibilität und Ergebnissen Fragen aufwerfen.“ So wurde etwa nicht berücksichtigt, dass der Verkehr alternativ auch mit der Bahn transportiert werden könnte. Gleichzeitig sagt die Bundesregierung deutlich, dass sie ihre bisherige Politik nicht ändern wird. So werde das zugrunde liegende Abkommen der Internationalen Maritimen Organisation (IMO) weiterhin „begrüßt“, gleichzeitig auch befürwortet, die Vorgaben im EU-Recht zu verankern. Auch die Ausweitung der Schwefelgrenzwerte auf Mittelmeer und Atlantik wird nicht ausgeschlossen. Trotz dieser Bedenken, wird weiter mit der Studie für eine Aufweichung der Grenzwerte Stimmung gemacht. [Mehr zum Thema hier.](#)

In einem Fachgespräch werde ich am 27. Juni 2011 das Problem aufgreifen. Mit Winfried Hermann wollen wir außerdem über die Einbeziehung des Schiffsverkehrs in den Klimaschutz und Techniken zur Senkung der Emissionen reden. Hinweis: Der früher genannte Termin (10. Juni 2011) wird durch den neuen (27. Juni 2011) ersetzt!

Enquete-Kommission zum Wachstum

Seit Januar trifft sich die neue Enquete-Kommission. Als Nachhaltigkeitsbeauftragte der Bundestagsfraktion arbeite ich stellvertretend mit. Und zwar in der sogenannten „Indikatorengruppe“.

Im Mittelpunkt steht dort eine neue Bewertung der Begriffe Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Dazu möchte ich die bisherige Fixierung auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) debattieren. Es geht etwa um die Frage, ob wir einen oder mehrere Indikatoren einführen sollten, damit zum Beispiel in der Tagesschau nicht mehr nur Arbeitslosenzahlen oder BIP vermeldet werden, sondern auch, ob wir nachhaltiger geworden sind. Ich fände es sehr wichtig, wenn damit bestimmte Aspekte mehr ins Bewusstsein dringen würden – ob etwa der Energie- und Ressourcenverbrauch begrenzt und der Verkehr umweltfreundlicher wird, ob die Artenvielfalt zunimmt oder der Flächenverbrauch zurückgeht – und vielleicht sogar, ob wir zufriedener geworden sind.

[Mehr zur Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"](#)

Ausgebremst: Wassertourismus

In der letzten Legislatur wurde die Bundesregierung vom Bundestag zur Förderung des Wassertourismus aufgefordert. Bestandteil war eine Reform der Sportbootführerscheine. Geschehen ist bisher nichts!

Trotz vielfacher Ankündigungen verzögert sich die Novelle – es bleibt unklar, woran das liegt. Weder Verkehrsministerium noch die beauftragten Verbände Deutscher Motoryachtverband und Deutscher Segler Verband geben hierüber Auskünfte. Deutschland hat eine der umfassendsten Prüfungen für Sportbootführerscheine. Eine Überarbeitung ist notwendig, vor allem soll der Praxisanteil erhöht werden. Mit einer Kleinen Anfrage wollte ich mehr zum Stand der Reform erfahren. Demnach soll es nun etwa 80 fachlich deckungsgleiche Fragen als Basismodul für die Führerscheine See und Binnen geben. Darüber hinaus wurde nur erläutert, dass „der Praxisanteil insbesondere im Bereich der An- und Ablegemanöver sowie der zu beherrschenden Knoten gestärkt“ werden soll – mehr Informationen waren leider nicht zu erfahren. Die übrigen Antworten sind für mich sehr unbefriedigend. Es bleibt der Eindruck, dass hier ein Auftrag des Deutschen Bundestages verschleppt wird. Im Tourismusausschuss habe ich eine Befassung mit dem Thema angeregt, bisher waren die anderen Fraktionen aber noch nicht bereit, einen konkreten Termin hierfür zu vereinbaren. Ich werde weiter darauf dringen und hoffe, dass wir das Thema noch vor der Sommerpause behandeln können. [Kleine Anfrage „Reform der Sportbootführerscheine“ hier](#).

Jüngste parlamentarische Initiativen

Anfragen:

[04.03.2011 – Kleine Anfrage: Schutz von Kleinwalen in Deutschland \(17/5009\)](#)

[28.02.2011 – Kleine Anfrage: Reform der Sportbootführerscheine \(17/4942\)](#)

[16.02.2011 – Kleine Anfrage: Zukunft der Mauterhebung auf bundesdeutschen Fernstraßen \(17/4790\)](#)

[10.02.2011 – Kleine Anfrage: Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie \(17/4765\)](#)

[09.02.2011 – Kleine Anfrage: Dioxinbelastung in Lebensmitteln \(17/4512 und 17/4675\)](#)

[04.02.2011 – Schriftliche Fragen: Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung \(17/4639\)](#)

[27.01.2011 – Kleine Anfrage: Senkung der Schwefeloxid-Emissionen von Schiffen \(17/4576\)](#)

[25.01.2011 – Kleine Anfrage: Elektroauto-Rekordfahrt von DBM Energy \(17/4518\)](#)

[20.01.2011 – Kleine Anfrage: Motorenförderprogramm für Binnenschiffe \(17/4480\)](#)

[20.01.2011 – Kleine Anfrage: Fischwanderhilfen an Bundeswasserstraßen \(17/4363 und 17/4481\)](#)

[03.01.2011 – Kleine Anfrage: Vergabepaxis bei Förderprogrammen für deutsche Reedereien](#)

Anträge:

[Antrag: Netzstruktur für Wasserstraßen präzisieren und Wasser- und Schifffahrtsverwaltung reformieren \(17/5056\)](#)

[Antrag: Elberaum entwickeln – Nachhaltig, zukunftsfähig und naturverträglich \(17/4554\)](#)

[Antrag: Rheintalbahn – Modellprojekt für anwohnerfreundlichen Schienenausbau \(17/4689\)](#)

[Antrag: Für eine konsequente Strukturreform der Deutschen Bahn AG \(17/4434\)](#)

Reden:

[07.04.2011 – Rede im Bundestag: 2./3. Lesung zu Führerscheinen für Feuerwehren](#)

[17.03.2011 – Rede im Bundestag: Führerscheine für Feuerwehren](#)

[20.01.2011 – Rede im Bundestag: Debatte zur Nachhaltigkeit: Rohstoffe und Mobilität](#)

[16.12.2010 – Rede im Bundestag \(zu Protokoll\): Kältemittel in KFZ-Klimaanlagen](#)
